Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002635/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Markus Buchheit (ESN)

Betrifft: Geplante EU-Harmonisierung der Vorschriften für Fahrdienstvermittlungen und Auswirkungen auf die nationale Souveränität

Die Kommission hat angekündigt, sie beabsichtige, die Vorschriften für Fahrdienstvermittlungen wie Uber und Cabify in der gesamten EU zu überprüfen und möglicherweise zu harmonisieren. Derzeit werden diese Dienstleistungen auf nationaler oder sogar lokaler Ebene reguliert, sodass die Mitgliedstaaten den spezifischen Gegebenheiten in den Bereichen Verkehr, Arbeit und Stadtplanung Rechnung tragen können. Ein zentralisierter EU-Ansatz könnte die Gefahr bergen, dass die nationale Souveränität untergraben wird, der Verwaltungsaufwand zunimmt und den Bürgerinnen und Bürgern weniger wirksame Dienstleistungen zur Verfügung stehen.

1. Aus welchen Gründen schlägt die Kommission eine Harmonisierung der Vorschriften für Fahrdienstvermittlungen aller Mitgliedstaaten vor, obwohl sich deren Rechtssysteme und Infrastrukturen unterschiedlich gestalten?

2. Wie gedenkt die Kommission sicherzustellen, dass eine solche Initiative weder gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt noch zu einem zusätzlichen bürokratischen Aufwand für nationale Behörden und Dienstleister führt?

3. Ist sich die Kommission darüber im Klaren, dass eine weitere Zentralisierung politischer Entscheidungen mit Auswirkungen auf das tägliche Leben in Brüssel, in deren Zuge die Vorschriften von den lokalen Bedürfnissen abgekoppelt werden, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU untergraben und die Dienstleistungsqualität verringern könnte?

Eingang: 30.6.2025